

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	XI
I. Anfänge (bis 1760)	1
1. Ein anderer Kontinent	1
Amerikanische Geschichte 1 – Urbewohner 8 – Erste Europäer 12	
2. Ein Kolonialreich entsteht	15
Virginia 15 – Puritaner und Katholiken 21 – Abgrenzung nach außen 26 – Weitere Kolonien 29 – Sicherung nach innen 34	
3. Leben in den Kolonien	39
Die Einwanderer 39 – Formen der Existenz 42 – Farm und Grenze 45 – Gewerbe und Handel 48 – Die koloniale Gesellschaft 51 – Geistiges Leben 56	
II. Revolution und frühe Republik (1760–1829)	63
1. Der Konflikt bahnt sich an	63
Differenzen mit dem Mutterland 63 – Französisch-britische Rivalität 67 – Zwist im Empire 70 – Der Weg zur Rebellion 75	
2. Amerika wird selbstständig	80
Der schwere Entschluss 80 – Entscheidung durch Waffen 83 – Das Ergebnis 90 – Die kritische Periode 95 – Eine bessere Verfassung 100	
3. Die Ära der Föderalisten	107
Der neue Anfang 107 – Hamilton und die Geburt der Parteien 111 – Frühe Außenpolitik 116 – John Adams' Regierung 121	
4. Vom Jeffersonismus zum Nationalismus	126
Republikanische Politik 126 – Der Westen 130 – Mr. Madisons Krieg 135 – Wachsender Nationalismus 140	

III. Demokratie in Amerika (1829–1869)	147
1. Eine neue Zeit	147
Neue Wege der Kommunikation 147 – Industrie und Handel 152 – Landwirtschaft 157 – Leben im neuen Zeitalter 160	
2. Der Geist der Erneuerung	167
Transzendentalisten und Erweckte 167 – Die Reform- bewegung 172 – Künste und Wissenschaften 180	
3. Demokratie und Expansion	186
Demokratie in Amerika 186 – Jacksons Präsident- schaft 191 – Whigs und Außenpolitik 198 – »Manifest Destiny« 202	
4. Das Problem des Südens	208
Die »besondere Einrichtung« 208 – Für und wider die Sklaverei 214 – Haus im Zwiespalt 222 – Das Ende der Kompromisse 231	
5. Der Bürgerkrieg	235
Norden gegen Süden 235 – Politik im Krieg 240 – Kampf und Entscheidung 244 – Versuche der Wie- derherstellung 251	
IV. Die Zeit des Laisser-faire (1869–1933)	257
1. Vergoldetes Zeitalter	257
Der neue Süden 257 – Der letzte Westen 263 – Big Business 269 – Arbeitgeber und Arbeitnehmer 273	
2. Leben in der Industriegesellschaft	280
Wachstum der Städte 280 – Bosse und Reformer 285 – Bildung und Information 289 – Kulturleben 292	
3. Die Politik des Laisser-faire	295
Mangelnde Alternativen 295 – Die Ära Grants 298 – Von Hayes zu Harrison 301 – Der Protest der Farmer 305 – Gold oder Silber? 311	
4. Fortschritt im neuen Jahrhundert	315
Verschärftes Tempo 315 – Die Bemühung der Pro- gressivisten 319 – Theodore Roosevelts reeller Handel 325 – Wilson und die Neue Freiheit 330	

5. Erwachen der Weltmacht	335
Vom Expansionismus zum Imperialismus 335 – Die Republik als Imperialist 341 – Unmittelbare Konsequenzen 347 – Die Außenpolitik der Progressivisten 351	
6. Der Erste Weltkrieg	359
Amerikanische Neutralität? 359 – Die Vereinigten Staaten im Krieg 365 – Der militärische Einsatz 370 – Mislungener Friede 372	
7. Das Ende einer Epoche	378
Hader und Puritanismus 378 – Business und Jazz 383 – Harding und Coolidge 389 – Vorteil ohne Engagement 395 – Beginn der Depression 403	
V. Die Anerkennung der Interdependenz (1933 bis zur Gegenwart)	409
1. Der <i>New Deal</i>	409
Der Übergang 409 – Die erste Phase 414 – Die zweite Phase 420 – Aspekte der Depression 425	
2. Neutralismus und Zweiter Weltkrieg	434
Jahre des Desinteresses 434 – Der Weg in den Krieg 441 – Der Zweite Weltkrieg: Waffengang und Diplomatie 454 – Der Zweite Weltkrieg: Die amerikanische Szene 466	
3. Die Zeit des Kalten Krieges	477
Erste Nachkriegserfahrungen 477 – Fair Deal und Kommunistenfurcht 483 – Die Politik der Eindämmung 487 – Die Eisenhowerjahre 496	
4. Gesellschaft in Bewegung	503
Die amerikanische Bevölkerung 503 – Das Minderheitenproblem 511 – Gesellschaft in Bewegung 519 – Geist und Wissenschaft 526	
5. Von Kennedy zu Carter	534
New Frontier und Great Society 534 – Vom Kalten zum heißen Krieg 539 – Nixon, Staatsmann und Schelm 548 – Nixons Epigone 560 – Demokratisches Zwischenspiel 565	

VI Ein konservativeres Zeitalter?	577
1. Eine konservativere Zeit.	577
Die Reagan'sche Gegenrevolution 577 – Die Außenpolitik der 1980er Jahre 586 – Golfkrieg und Rezession 590	
2. Wirtschaftserfolg, Unmoral und Terror	597
Jahre des Liberalismus? 597 – Der Präsident und die Moral 600 – Wieder ein Bush 603 – Terror und Krieg gegen den Terror 604 – Bushs zweite Amtszeit 607	
3. Amerika jetzt	611
Ein schwarzer Präsident 611 – Die Amerikaner zu Beginn des neuen Jahrtausends 617	

Anhang

Zeittafel	627
Unabhängigkeitserklärung	636
Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika . .	640
Präsidentswahlen	662
Präsidenten und Vizepräsidenten	666
Sitzverteilung im Kongress	671
Eintritt der Staaten in die Union	671
Postalische Abkürzungen der Bundesstaaten	672
Bevölkerungsentwicklung	673
Literaturverzeichnis	674
Personenregister	706
Sach- und Ortsregister	717

Kartenverzeichnis

Karte 1: Überseehandel der Kolonien im 18. Jahrhundert.	50
Karte 2: Revolutionskrieg (Feldzüge, 1776–1781). . . .	86
Karte 3: Gebietsbesitz in Nordamerika (1700–1783) . .	89
Karte 4: Bevölkerungsdichte 1820	201
Karte 5: Gebietswachstum der USA (1783–1853)	207
Karte 6: Verteilung der Sklavenbevölkerung (1790 und 1860)	227
Karte 7: Bevölkerungsdichte 1860	231

Karte 8: Sezession der Südstaaten (Dezember 1860 bis Mai 1861)	233
Karte 9: Vordringen der Unionsstreitkräfte (1861–1865)	247
Karte 10: Die USA in der Karibik von 1898 bis zum Zweiten Weltkrieg	399
Karte 11: Krieg im Pazifik	459
Karte 12: Der Koreakrieg (1950–1953)	494

Vorwort

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind seit dem Zweiten Weltkrieg eine der beiden führenden Mächte der Erde. Dem Wirtschaftspotenzial nach übertreffen sie schon seit drei Generationen jede Konkurrenz bei Weitem. Wenn der Aufstieg zu dieser Stellung von scharfsinnigen Beobachtern auch bereits im vorigen Jahrhundert vorausgesagt wurde, so bildet er nichtsdestoweniger eines der erstaunlichsten Phänomene der Weltgeschichte. Zwar zehrt die amerikanische Nation noch heute in Vielem vom britischen und allgemein abendländischen Erbgut der frühen Kolonisten wie der später Eingewanderten, aber andererseits war gerade auch die weithin spürbare Abwesenheit traditionsbedingter Zwänge eine der Grundvoraussetzungen für die amerikanische Entwicklung. Die Absorption gewaltiger Zuwandererströme oft recht heterogener Zusammensetzung besonders im 19. und frühen 20. Jahrhundert stellt eine historische Leistung ohne Parallele dar; sie wird dadurch nicht gemindert, dass die Ankömmlinge durchweg integrationswillig und meist jüngeren Alters waren, und auch nicht dadurch, dass der nordamerikanische Kontinent, fast ohne menschliche Besiedlung und doch voller wirtschaftlicher Möglichkeiten, der Inbesitznahme offenbar harrte. Die von kalvinistischem Erwähltheitsglauben und aufklärerischem Freiheitspathos durchdrungenen Amerikaner haben sich dann den Fortschrittsideen der Moderne in einer Weise verschrieben, die Technisierung und Industrialisierung auf die Dauer als typisch amerikanisch erscheinen ließen. Die neuere Entwicklung war denn auch wesentlich durch die Begleitumstände und Konsequenzen des Industrialisierungsprozesses

bedingt. Die Ausformung des Sozialstaats im Innern und die Übernahme eines aktiven außenpolitischen Engagements sind letztlich aus diesem Ursprung zu erklären. Beides trägt dazu bei, dass die amerikanische Geschichte immer mehr als ein Teil jener allgemeineren modernen Menschheitsentwicklung gesehen werden kann, in der das Spezifische eher quantitativen als qualitativen Charakter trägt.

Der deutsche Buchmarkt ist nicht reich bestückt mit neueren, in einem Wurf gearbeiteten Überblicken über die Geschichte der Vereinigten Staaten. Die hier vorliegende Darstellung versucht, die wesentlichen Stationen und Tendenzen dieser Geschichte von den Anfängen der kolonialen Landnahme bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts zu beschreiben. Sie ist geleitet von dem Bestreben, die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und geistigen Umstände und Ereignisse in ihrem Werdegang und ihrer gegenseitigen Bedingung aufzuzeigen und so die Fülle des historischen Lebens wenigstens andeutungsweise zu veranschaulichen. Die Einteilung in sechs Epochen soll dabei Orientierungshilfe sein und Näherungswerte geben.

Das 1976 erstmals erschienene Buch hat sich während der seither vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte außerordentlich starken und lobenden Zuspruchs erfreut, so dass regelmäßig ergänzte Neuauflagen nötig wurden. Für die dem vorliegenden Band vorausgehende siebte Auflage wurde der Text vollständig überholt, neue Forschungsergebnisse wurden eingearbeitet und Forschungskontroversen aufgezeigt. Hieran knüpft die vorliegende achte Auflage an. Die Darstellung wurde bis in die unmittelbare Gegenwart weitergeführt. Der gesamte Text wurde etwas aufgelockert durch verschiedene Einschübe, darunter Karten und Grafiken. Die Tafeln des Anhangs wurden um die jüngsten Entwicklungen ergänzt. Das Literaturverzeichnis wurde wiederum vollständig revidiert, wobei über die Hälfte des älteren Schrifttums durch jüngere und jüngste Arbeiten abgelöst wurde.

deration umfasste somit bei Beginn des Kriegs durchaus nicht alle Sklavenhalterstaaten. Auch mit den vier fehlenden Staaten wäre die Konföderation beim Kräftevergleich noch unterlegen gewesen. Ohne sie waren des Südens Aussichten kaum ermutigend.

Die Geschichtsschreibung hat sich in letzter Zeit hinsichtlich der politischen Szene vor dem Bürgerkrieg hauptsächlich mit der Umgestaltung der Parteienkonstellation beschäftigt. Hierbei spielte die sogenannte neue, das heißt quantifizierende Politikgeschichte eine wichtige Rolle. Joel H. Silbey vertrat in verschiedenen Aufsätzen und dann in seinem Buch *The American Political Nation* (1991) die Ansicht, dass es die ethnisch-religiöse Ausrichtung der Wähler und weniger die Slaveryfrage als solche war, welche den Konflikt auslöste. Auch Michael F. Holt war eine Zeit lang dieser Meinung (*The Political Crisis*, 1978), milderte sie dann aber in jüngerer Zeit zugunsten größerer Pluralität der Verursachung ab (*Political Parties*, 1992). Das vielfältige Zusammenspiel politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen betonte dann auch in einer meisterlichen Detailstudie Kenneth M. Stampp, einer der besten Kenner der Materie (*America in 1857*, 1990).

5. Der Bürgerkrieg

Norden gegen Süden

Verglichen mit dem Bürgerkrieg erscheinen die früheren militärischen Auseinandersetzungen der Vereinigten Staaten, nämlich die Revolutionskämpfe und die Kriege gegen Großbritannien und Mexiko, geringfügig und episodisch. Auch in der Kriegführung brach nun ein neues Zeitalter an, wie es schon zuvor in den anderen Lebensbereichen zu beobachten gewesen war. Dem demokratischen Zeitalter entsprach der Einsatz von Massenarmeen und der Fortschritt der Technik erlaubte die Nutzung von Eisenbahnen und Telegraph, von Dampfschiff und Ballonen für militärische Zwecke. Der amerikanische

Bürgerkrieg wurde damit, wenn man so will, in vieler Hinsicht der erste moderne Krieg überhaupt. Das Maschinengewehr kündigte sich an, Repetierstutzen, Schützengräben, Drahtverhaue erwiesen ihre Brauchbarkeit. Die Bevölkerung beider Seiten wurde diesmal nicht nur regional in Mitleidenschaft gezogen, sondern es wurden Anstrengungen gemacht, die Opfer möglichst breit zu streuen, den Kriegswillen möglichst universal zu wecken und zu erhalten, die Mittel zur Kampfführung so umfassend wie möglich zu organisieren. Gewiss kann der Bürgerkrieg noch nicht »total« im Sinne des 20. Jahrhunderts genannt werden. Die Infrastrukturen wie auch die Erfahrungen der Organisatoren waren hierfür noch zu unvollkommen. Aber die Richtung, in der sich die Dinge künftig entwickeln würden, wurde unmissverständlich aufgezeigt.

Wenn Masse und Technik die Kriterien künftiger Erfolge waren, so konnte der Norden mit Zuversicht den Ausgang des Konflikts erwarten. In seinen 23 Staaten lebten annähernd 22 Millionen Menschen, während die 11 Staaten des Südens nur rund 9 Millionen Einwohner zählten. Und von den Letzteren waren gut ein Drittel Sklaven, die zum direkten Kampf kaum heranzuziehen waren und auch in der Etappe nicht unbedingt zuverlässige Helfer darstellten. Im Süden profitierte man freilich jahrelang davon, dass der Norden seine Menschenreserven nicht entsprechend mobilisierte und man hielt sich auch Manches auf die eigene Bravour zugute, die man der Yankeemoral für überlegen erachtete. Außerdem fühlte man sich im Süden der eigenen Sache mehr verbunden. Sie war leicht fassbar und sie war gerecht. Man wollte in Ruhe gelassen werden. Dem Norden hingegen ging es um abstrakte Ziele, die seine Existenz nicht direkt berührten.

Wichtiger als die Truppenzahl wurde auf die Dauer das wirtschaftliche Potenzial. Anfangs erzeugten beide Seiten genügend Nahrungsgüter, um Armeen und Bevölkerung zu versorgen. Im Laufe des Kriegs aber besetzten oder verwüsteten die Truppen des Nordens weite Strecken südlichen Agrarlandes und der Zusammenbruch des Transportwesens und mancher Verwaltungsorgane verursachte dort in den beiden letzten Jah-

ren Hunger und Elend in den Städten wie auch bei der Truppe. Körperliche Leistungsfähigkeit und Kampfmoral litten entsprechend. Von Anfang an viel deutlicher war die Überlegenheit des Nordens in der industriellen Produktion. Ein Jahr vor Ausbruch des Krieges verhielten sich Kapitalinvestitionen, Arbeiterzahl und Produktionswert in den Industriebetrieben des Nordens und Südens wie zehn zu eins. 1862 produzierte man im Norden täglich über 5000 Gewehre, im Süden noch nicht 300. Der Norden besaß, bei etwa gleicher räumlicher Ausdehnung, mit weniger variierenden Spurweiten und besserem Zusammenhang, doppelt so viele Eisenbahnkilometer wie der Süden. Verluste an rollendem Material glich der Norden durch eigene Fertigung aus; der Süden hatte hierzu keine Möglichkeit. Auch zur See dominierte der Norden. Im Laufe des Krieges wuchs die Unionsmarine von 90 Schiffen und 9000 Seeleuten auf 670 Schiffe und 58.000 Offiziere und Matrosen. Die Marine der Konföderierten zählte in ihren besten Tagen nicht mehr als 4000 Mann. Der Norden blockierte die gesamte Küstenlinie der Südstaaten und benutzte seine Schiffe auch für Landoperationen und auf den Flüssen des Westens. Der Süden hingegen beschränkte sich aufs Blockadebrechen und verwegene Piratenzüge.

Die Zeit arbeitete zweifellos für den Norden. Der Krieg erwies sich als ein ungeheures Stimulans für die Wirtschaft. Die Eisen- und Buntmetallproduktion übertraf die Vorkriegserzeugung um ein Mehrfaches. Das Transportvolumen auf Schienen und Wasserstraßen erreichte nie gekannten Umfang. Der Bedarf der Truppen und der durch Missernten in Großbritannien verursachte Ausfuhrboom ließ die Weizenerzeugung in die Höhe schnellen. Die Republikanische Regierung half nach Kräften durch eine entsprechende Gesetzgebung. Während der *Homestead Act* (1862) den Landerwerb für den einzelnen Siedler erleichterte, stellte der *Morrill Land Grant Act* (1862) Mittel zur Errichtung von Landwirtschaftsschulen bereit. Zollgesetze der Jahre 1861, 1862 und 1864 brachten die Zölle in die von der Industrie schon lange gewünschte Höhe – im Durchschnitt 47 Prozent des Warenwerts –, wo-

durch die Abschirmung nach außen sichergestellt wurde. Der *National Bank Act* (1863/64) vereinheitlichte das Bankenwesen; die Bankenaufsicht wurde reguliert und nur Banken, die ein Drittel ihres Kapitals beim Schatzamt deponierten, konnten entsprechendes Papiergeld ausgeben.

Die Finanzierung der Kriegsanstrengungen stellte verständlicherweise den Norden wie den Süden vor bisher ungekannte Probleme, denn die herkömmlichen Geldquellen genügten bei Weitem nicht. Zur eben erwähnten Erhöhung der Zölle kamen im Norden verschiedene interne Abgaben, darunter erstmals in der amerikanischen Geschichte eine Einkommensteuer. Freilich war das Aufkommen aus allen Steuern und Zöllen noch völlig ungenügend und ein Vielfaches musste durch Staatsanleihen eingebracht werden. Es war bezeichnend für den Massencharakter der neuen Zeit, dass nun nicht mehr lediglich Banken und Finanzleute die Anleihen übernahmen, sondern nach entsprechender Propaganda ein großer Teil der Papiere vom breiten Publikum gezeichnet wurde. Schließlich half man sich auch durch die Ausgabe von Papiergeld ohne Edelmetalldeckung. Die *greenbacks* schwankten im Laufe der Kriegsjahre in der Kaufkraft, die, grob gesehen, etwa die Hälfte des Nennwerts betrug. Die Finanznöte des Südens waren

Wirtschaftskraft der Gegner im Bürgerkrieg (1861)

	Union	Konföderation
Bevölkerung	23.000.000	8.700.000
Beweglicher und Immobilienbesitz (\$)	11.000.000.000	5.370.000.000
Banken-Kapital (\$)	330.000.000	27.000.000
Kapitalinvestitionen (\$)	850.000.000	95.000.000
Industrielle Fertigungsstätten	110.000	18.000
Wert der jährlichen Industrieproduktion (\$)	1.500.000.000	155.000.000
Industriearbeiter	1.300.000	110.000
Eisenbahnkilometer	35.200	14.400

jedoch noch viel ausgeprägter. Steuern und Anleihen brachten weniger ein und auch der Versuch, in Europa durch Verpfändung der Baumwollernte Geld zu beschaffen, misslang im großen Ganzen. Die Einkommensteuer wurde schon 1861 eingeführt und die Not ließ die Regierung sogar zum altväterischen Mittel der Eintreibung von Naturalabgaben greifen. Papiergeld druckte man doppelt so viel wie der finanzkräftigere Norden. Die Geldentwertung erreichte dementsprechend in den letzten Kriegsjahren katastrophale Ausmaße und trug zusammen mit der Warenknappheit einen großen Teil zum Niedergang der südlichen Kriegsmoral bei.

Die Überzeugung, dass die Kämpfe nicht lange dauern würden, hinderte anfangs die Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte. Die Union verfügte 1861 insgesamt nur über 16.000 meistens im Westen stationierte Soldaten. Lincoln berief sofort 75.000 Freiwillige, doch erwies sich das Milizgesetz, das den Dienst auf drei Monate beschränkte, als sehr hinderlich. Ohne eigentliche Autorisation durch die Verfassung ordnete der Präsident daher auch die Aufstellung einer drei Jahre dienenden Truppe von 42.000 Freiwilligen und die Aufstockung der regulären Armee um 23.000 Mann an. Der Kongress bestätigte im Juli 1861 diese Maßnahmen und schuf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Indienststellung von weiteren 500.000 Dreijährig-Freiwilligen. Propaganda und Geldprämien genügten aber nicht als Anreiz und so führte man 1863 schließlich die Wehrpflicht ein. Alle ledigen Wehrfähigen zwischen 20 und 45 Jahren sowie Verheiratete zwischen 20 und 35 konnten für drei Jahre einberufen werden. Die Ausnahmen – hohe Beamte, Geistliche, Alleinversorger einer Familie – waren klar umrissen. Viel böses Blut erregte die zeitweilige Möglichkeit, sich durch Stellung eines Ersatzmannes oder Zahlung von 300 Dollar freizukaufen.

Ähnlich verhielt es sich im Süden. Anfangs strömten die Freiwilligen, doch schon im Frühjahr 1862 wurde ein Wehrpflichtgesetz nötig. Der Preis für Ersatzleute stieg allerdings bis auf 10.000 Dollar. Auch hier beklagte man sich bitter über ungerechte Bevorzugungen. Im Norden ließ das Einberu-

fungsgesetz die Freiwilligenmeldungen – wegen der Vorteile – wieder emporschnellen, so dass man dort den Anforderungen nachkam. Im Süden nahmen Desertionen und Freistellungen durch den Staat derart überhand, dass der konföderierte Kongress 1865 sogar die Einberufung von 300.000 Sklaven autorisierte, die dann freilich nicht mehr vor Kriegsende aufgestellt werden konnten.

Absoluten Zahlen ist recht schwierig beizukommen. Auch dort, wo die Unterlagen vollständig sind, existieren Fehlerquellen durch Doppel- und Mehrfacheinschreibungen, nicht gemeldete Verluste, Desertionen und ähnliches mehr. Grob gerechnet kommt man wohl auf etwa 1,5 Millionen dreijährig Dienende – einschließlich 180.000 Schwarzer – in den Unionsarmeen und knapp eine Million bei den Konföderierten. Der Norden hatte 360.000 Tote zu beklagen, davon 110.000 auf dem Schlachtfeld, der Süden 258.000, davon 95.000 im Kampf gefallene. Der Umstand, dass auf beiden Seiten mehr als doppelt so viele Soldaten durch Krankheit, Epidemien und Hunger starben als durch die direkten Schläge des Gegners, gibt ein Bild von den Entbehrungen dieser Jahre und von der Unvollkommenheit der Versorgung.

Politik im Krieg

Lincoln glaubte, dass die Vereinigten Staaten ein organisches Ganzes bildeten, das künstlich nicht zu trennen war. Die stärkste einigende Kraft war ihm dabei der demokratische Gleichheitsgedanke, wie ihn die Unabhängigkeitserklärung richtungweisend ausgedrückt hatte. Mit der Ansicht, dass die Verwirklichung der individuellen Gleichheit nicht nur eine amerikanische Möglichkeit, sondern geradezu die historische Aufgabe Amerikas sei, stand er dabei in der Tradition der großen Denker seines Landes. Und der Präsident glaubte auch an seine persönliche Mission und intellektuelle Überlegenheit, mochten Neider und Gegner in ihm noch so sehr den ungeschliffenen Präriepolitiker sehen. Sein Selbstvertrauen äußerte

sich schon in der Wahl des Kabinetts. Mindestens drei seiner Minister, nämlich Außenminister William H. Seward, Finanzminister Salmond Chase und Kriegsminister Edwin M. Stanton, waren erstklassige Leute, von denen vor allem Chase sich seines Werts bewusst war. Lincoln focht dies nicht an. Auch plagten ihn keine engen Verfassungsskrupel. In Zweifelsfällen beanspruchte er die Macht ganz selbstverständlich für die Exekutive. Die erwähnte Heeresvermehrung war ein frühes Beispiel hierfür, die Verkündung der Seeblockade gegen den Süden ein weiteres. Am lautesten empörte sich die Opposition gegen die Aufhebung von Grundrechten. Lincoln jedoch fand die Kriegserfordernisse dringlicher als Verfassungsgarantien und bis 1865 wurden über 13.000 Personen unter Kriegsrecht eingesperrt.

Es war selbstverständlich, dass sein eigenwilliges Vorgehen die Gegnerschaft aktivierte. Die Masse der Demokraten unterstützte zwar die Kriegsanstrengung, kritisierte jedoch viele Einzelmaßnahmen Lincolns. Eine radikale Gruppe innerhalb der Partei, die sogenannten *Peace Democrats* oder *Copperheads*, saß hauptsächlich im alten Nordwesten; diese verurteilten den Krieg als von den Industriekapitänen des Nordostens angezettelt und machten aktiv Propaganda gegen ihn. Gegner Lincolns fanden sich auch im eigenen Haus. Die Republikaner gerieten sich während des Kriegs über die Frage in die Haare, wie die Sklaverei beendet werden sollte. Die Radikalen verlangten die rasche und rücksichtslose Abschaffung der Leibeigenschaft, wohingegen die Konservativen für eine schrittweise Emanzipation eintraten. Lincoln stand anfangs auf der Seite der Letzteren, doch neigte mit Fortdauer des Kriegs und steigenden Opfern die Mehrheit immer deutlicher den Radikalen zu. Der Kongress beseitigte 1862 die Sklaverei im District of Columbia und in den Territorien; der *Confiscation Act* (1862) sprach das Vermögen aller Rebellen – und damit auch die Sklaven – den Vereinigten Staaten zu. Dem Präsidenten schien es nun an der Zeit, die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen. Nach der für den Norden günstigen Schlacht am Antietam verkündete er im September 1862 eine

vorläufige *Emancipation Proclamation*, die dann zu Beginn des neuen Jahres rechtskräftig wurde. Durch sie wurden die Sklaven in jenen Gebieten freigesprochen, die noch nicht unter Unionskontrolle standen. Der eigentliche Beweggrund für die Halbheit dieser Maßnahme war wohl die Furcht, durch einen kühneren Schritt die eigenen sklavenhaltenden Parteigänger zu verprellen. Jedenfalls wurde damit die Sklavenfrage auf Bundesebene diskutiert und die Sklavenbefreiung wurde von nun an das erklärte Kriegsziel des Nordens.

In den Kongresswahlen 1862 erlitt die Republikanische Partei Verluste und ihre Führer formten daraufhin die *Union Party*. Lincoln war ihr Kandidat, als er 1864 zur Wiederwahl antrat. Die Zerrissenheit der Demokraten war sein Glück; mit 212 zu 21 Wahlmännerstimmen wurde er geradezu triumphal in seinem Amt bestätigt und auch die 55 Prozent Wählerstimmen waren die größte Mehrheit seit Jacksons Zeiten. Als er sechs Wochen nach Beginn seiner zweiten Amtsperiode der Kugel seines Mörders zum Opfer fiel, erschien er dem ganzen Land als Märtyrer seiner Sache.

Im Süden war die Konföderationsregierung nach dem Beitritt Virginias von Montgomery nach Richmond umgezogen. Einen inneren Machtzuwachs bedeutete dies kaum. Die Konföderation empfand sich von Anfang an als Staatenbund, nicht als unitarischer Staat, und die Einzelstaaten waren eifersüchtig auf die Erhaltung ihrer Rechte bedacht. Präsident Davis war überdies skrupulöser als Lincoln und hätte es nie gewagt, den Buchstaben der Verfassung zu missachten. Die Kabinettposten verteilte er gleichmäßig nach geographischen Gesichtspunkten. Widerspruch ertrug er nicht und seine Minister wechselten entsprechend häufig. Obendrein beeinträchtigten die Eigeninteressen mancher Einzelstaaten die Leistungsfähigkeit von Davis' Regierung. Dabei wäre für den menschenärmeren und wirtschaftlich schwächeren Süden die Zusammenfassung seiner Kräfte oberstes Gebot gewesen. Die große Kriegsleistung war vor allem der Hingabe der Bevölkerung zuzuschreiben, die zur Verteidigung ihrer Sache unglaubliche Opfer brachte. Mit Ausnahme des bergigen

östlichen Tennessee, wo wie in West Virginia Sympathisanten der Union lebten, standen die Weißen des Südens zu Beginn des Kriegs geeint auf der Seite ihrer Regierung. Es waren auch nicht Bedenken bezüglich der Richtigkeit ihrer Sache, sondern vielmehr Verzweiflung und Nachlassen der Opferbereitschaft, die auf die Dauer den inneren Frieden zerfraßen. Als Katalysator für Unmut und Enttäuschung wirkte dann auf politischer Ebene immer mehr die Staatenrechtsfrage. Davis' wiederholte Bemühungen um ein Kriegsrecht scheiterten zum Teil an der einen zentralen Leviathan fürchtenden Opposition; besonders Georgia und Alabama widersetzten sich der Durchführung des Wehrpflichtgesetzes. Die Konföderation litt somit letztlich durch eben jenes Prinzip, zu dessen Verteidigung sie angetreten war.

Die materielle und strukturelle Überlegenheit des Nordens war den Einsichtigeren im Süden trotz aller säbelrasselnder Zuversicht von Anfang an bewusst. Die südlichen Hoffnungen klammerten sich in der Hauptsache an die Hoffnung auf eine fremde Intervention. Die Sympathien sowohl Großbritanniens als auch Frankreichs galten ja zu Beginn des Krieges durchaus der Konföderation. Aristokratische Tradition, unternehmerisches Interesse an der Baumwolle und die Aussicht, durch die Spaltung vergrößerten Einfluss in Nordamerika zu gewinnen, waren die britischen Motive; bei Napoleon III. gaben dessen mexikanischen Pläne den Ausschlag. Die aus Finanzstreitigkeiten erwachsene französische Invasion in Mexiko führte 1863/64 zur Etablierung des Habsburgers Maximilian als Kaiser von Mexiko und die Konföderation war dem französischen Klientelregime entschieden freundlicher gesinnt als die Unionsregierung. Aber britische und französische Sympathien allein halfen den Sezessionsstaaten nicht weiter. Zur vollen diplomatischen Anerkennung konnte sich keine europäische Macht durchringen; in England wurden allmählich die Stimmen lauter, welche die Sklaverei verdamnten. Lincolns Emanzipationserklärung, obwohl faktisch vorerst ohne Wirkung, wurde dort mit Wohlgefallen registriert. Vor allem aber ebneten das oben erwähnte Verlangen nach amerikanischem

Weizen und die Abneigung gegen einen Blockadebruch den Weg zum Norden. Und schließlich war das konföderierte Staatswesen doch offensichtlich dem Untergang geweiht. Nie war der Süden dem Sieg so nahe, dass Neutrale auf seine Karte gesetzt hätten. Er musste seinen langen, blutigen, immer aussichtsloseren Weg allein gehen.

Kampf und Entscheidung

Der Norden war die angreifende Macht und er besaß die größeren Mittel. Die Kriegsstrategie beider Seiten folgte diesen Gegebenheiten. Lincoln modifizierte zwar den ursprünglichen, eine schlangenartige Einschnürung vorsehenden Anaconda-Plan im Laufe der Zeit nicht unerheblich, aber der Grundansatz blieb erhalten. Der Süden sollte durch eine enge Küstenblockade müde gemacht werden, während gleichzeitig sein Gebiet durch unionistische Kontrolle des Mississippi und des Tennessee in mehrere Teile gespalten wurde. Ein Angriff auf die Hauptstadt Richmond schließlich sollte das Herz des Widerstandes treffen. Die Absichten des Südens waren bescheidener. Er hoffte, das von Richmond nur 190 km entfernte Washington einzunehmen und den Krieg weit nach Norden, das heißt nach Pennsylvania, hineinzutragen, so dass die Union seine Unabhängigkeit endlich anerkennen würde.

Die Unionstruppen ergriffen die Initiative. Die öffentliche Meinung verlangte nach Erfolgen. Da der Anaconda-Plan solche nicht rasch genug zu bringen versprach und die Milizen nur kurzfristig dienten, entschloss man sich, zuerst einmal Richmond zu nehmen. Am Bull Run südwestlich von Washington jagten jedoch im Juli 1861 die von den Generälen Pierre G.T. Beauregard und Thomas J. »Stonewall« Jackson glänzend geführten Konföderierten die gleichstarken Unionsstruppen in die Flucht. Lincoln gab darauf das Kommando der Ostarmee am Potomac an George B. McClellan, der sich als hervorragender Exerziermeister erwies. Sein Zaudern im Feld kostete ihn dann zwar zeitweilig sein Kommando, doch

berief ihn Lincoln 1862 nach einer weiteren Niederlage am Bull Run erneut. In dem mörderischen Treffen am Antietam in Maryland, wo er mit 90.000 Mann eine nur halb so starke Südmarmee unter Robert E. Lee abfing, verlor jede Seite über 10.000 Mann. Der Ausgang war unentschieden, doch musste Lee für diesmal seinen Zug nach Norden abbrechen. Lincoln nutzte die günstige Lage zur Verkündung seiner *Emancipation Proclamation*.

Erfolgreicher als im Kampf um Richmond operierten zu dieser Zeit die Unionstruppen im Westen. General Ulysses S. Grant zog im Februar 1862 von Illinois aus nach Süden und überwältigte Fort Henry am Tennessee sowie Fort Donelson am Cumberland-Fluss. Dann stellte sich ihm eine Armee der Konföderierten an der Grenze der Staaten Tennessee und Mississippi entgegen. Der Kampf an der Shiloh-Kirche entwickelte sich zu einem wilden Schlachten, dem fast 25.000 Soldaten zum Opfer fielen. Die Unionstruppen behaupteten trotz größerer Verluste das Feld. Noch im gleichen Monat April gelang es ihnen, New Orleans vom Wasser her einzunehmen und bis Baton Rouge vorzustoßen. Im Norden fiel Memphis in Unionshand. So blieb für den Feldzug des Jahres 1863 nur noch das Stromstück zwischen diesen beiden Städten. Im Frühsommer eroberte Grant nach sechswöchiger Belagerung das stark

***Emancipation Proclamation* (1. Januar 1863)**

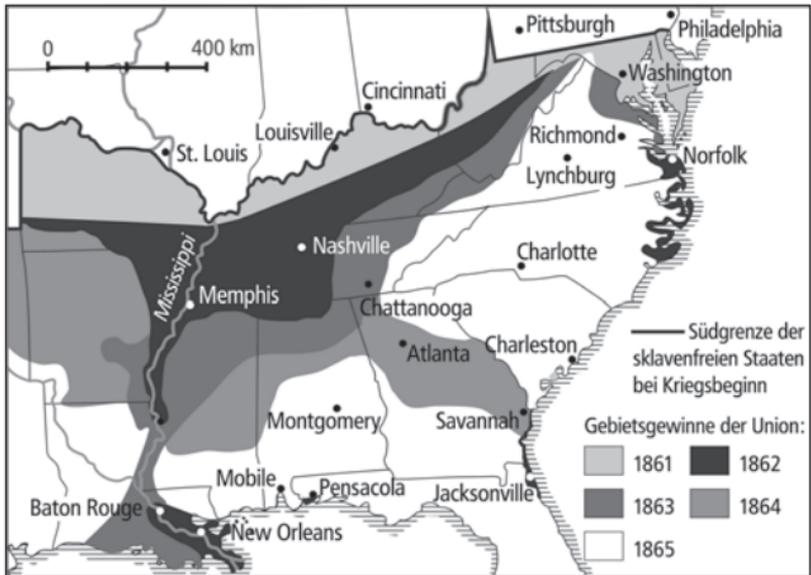
... Ich ordne an und erkläre, dass alle Personen, die in [den Konföderierten Staaten, mit Ausnahme speziell genannter Kirchspiele in Louisiana, speziell genannter Grafschaften in Virginia und des Staates Tennessee] als Sklaven gehalten werden, nunmehr und künftig frei sind; und dass die Regierungsexekutive der Vereinigten Staaten einschließlich ihrer Militär- und Marinebehörden die Freiheit dieser Personen anerkennen und wahren wird.

Und ich ermahne hiermit die solchermaßen für frei erklärten Personen, sich aller Gewalt zu enthalten, es sei denn zur Selbstverteidigung; und ich empfehle ihnen, in allen Fällen, wo dies gestattet ist, zuverlässig für angemessenen Lohn zu arbeiten.

befestigte Vicksburg. Kurz darauf kontrollierte die Union den Mississippi von der Quelle bis zur Mündung. Der Süden war zweigeteilt.

Mittlerweile hatte die Konföderation im Osten Boden gutgemacht. Lee hatte im Dezember 1862 bei Fredericksburg in Maryland die anderthalbmal so starken Kräfte des Nordens besiegt und unweit davon, bei Chancellorsville, war ihm dieses Kunststück im folgenden Mai gegen einen zahlenmäßig noch überlegeneren Gegner ein zweites Mal gelungen. Durch den Erfolg gestärkt, marschierte er weiter nach Norden. Er kam bis Gettysburg in Pennsylvania. Dort stellte sich ihm der neue unionistische Befehlshaber George G. Meade mit starken Kräften entgegen und die größte Schlacht des Kriegs begann. Zwei Tage lang griffen die Konföderierten an, am dritten Tag (3. Juli 1863) bliesen sie zum entscheidenden Sturm. Sie kamen gegen das mörderische Feuer der Unionstruppen nicht an. Beide Seiten verloren je rund 25.000 Mann; Lee musste seine zerschlagenen Truppen nach Virginia zurückziehen.

Nach den gleichzeitigen Niederlagen bei Vicksburg und Gettysburg kämpfte der Süden nur noch defensiv. Lincoln ernannte 1864 den im Westen erfolgreichen Grant zum Oberkommandierenden. Dieser schlug sein Hauptquartier bei der östlichen Potomac-Armee auf, während die Kräfte aus dem Westen unter William T. Shermans Führung sich mühsam und verlustreich in östlicher Richtung nach Georgia hineinschlügen in der Absicht, die verbleibende Konföderation in eine nördliche und eine südliche Hälfte zu trennen. Sowohl Grants Anstrengungen vor Richmond als auch Shermans langer Marsch waren aufreibend – die Union verlor 60.000 Mann, doppelt so viele wie die Konföderierten –, ohne eine wirkliche Entscheidung zu erzwingen. Erst im September fiel Atlanta, die Hauptstadt Georgias, in Shermans Hand. Als die Verbindung zu den eigenen Versorgungsbasen riss, ließ dieser andere Wallenstein seine Truppen den zwei Monate dauernden Weg zur Atlantikküste auf eigene Faust zurücklegen. Wer den sengenden und mordenden Marodeuren in den Weg kam und überlebte, glaubte sein Leben lang nicht mehr, dass das



Karte 9: Vordringen der Unionsstreitkräfte (1861–1865)

Ziel des Nordens eigentlich eine bessere Menschheit war. Im Frühjahr 1865 stieß diese Soldateska dann durch die beiden Carolinas vollends nach Norden durch.

Lee hatte das Gros seiner verbliebenen Kräfte bei Richmond konzentriert, doch vergeblich. Grant zog in Richmond ein und eine Woche später, am 9. April 1865, beendete Lees Kapitulation in Appomattox Court House die aussichtslose Anstrengung. Kurz darauf konnte auch Sherman seinen direkten Gegner entwaffnen; bis Anfang Juni hatten die letzten Konföderierten im tiefen Süden und westlich des Mississippi ihre Sache aufgegeben.

Der Sieg war teuer zu stehen gekommen. Das arbeitskräftearme Land hatte Mühe, den Verlust von mehr als 600.000 Toten auszugleichen. Der Sachschaden ging hoch in die Milliarden. Zwei Drittel des Eisenbahnnetzes im Süden waren zerstört. Noch 1880 erreichte dort die landwirtschaftliche Erzeugung nicht das Volumen von 1860. Hass und Bitterkeit erfüllten den Süden stärker als je zuvor. Im Süden wie im Norden hatte der Krieg Selbstsucht, Korruption und krassen

Materialismus wuchern lassen. Die amerikanische Gesellschaft litt an diesem Legat noch Jahrzehnte.

Was wurde erreicht? Die Sklaverei endete; an Sezession war von nun an nicht mehr zu denken. Für die Zukunft mindestens ebenso wichtig war der gewaltige Schritt, den die Vereinigten Staaten auf die Moderne zugingen. Diejenige Seite hatte gewonnen, die es besser verstanden hatte, Masse und Technik zu organisieren. Es kam nicht von ungefähr, dass mit der Niederlage des Südens auch die Theorie der umfassenden Staatenrechte unterging. Die Kräfte der neuen Zeit verlangten nach einem strafferen Führungsstil und der Norden hatte dafür ein erfolgreiches Beispiel gegeben. Die neuen Maßnahmen blieben nach ihrer Bewährung im Repertoire der Regierung. Wehrpflicht und Einkommensteuer, Kriegsanleihe und Hasspropaganda hatten den kleinen Mann in nie gekanntem Maße für allgemeine Belange aktiviert. Er mochte sich – zumindest im Norden – einreden, dass sein Einsatz der guten Sache zum Sieg verholfen hatte. Der Rückschauende freilich kann bezweifeln, ob dies die Sache der individuellen Freiheit war, konnte das Individuum doch hinfort kaum mehr ungehindert und ungeleitet seine gesellschaftliche Rolle spielen.

Wenige Ereignisse in der Geschichte sind so häufig und unaufhörlich kommentiert worden wie der amerikanische Bürgerkrieg. Trotz dieses Reichtums an Interpretationen, oder vielleicht gerade seinetwegen, ist die Historiographie von einer Einigkeit bezüglich der Ursachen und Folgen noch weit entfernt. Begreiflich genug ist, dass in der ersten Generation nach dem Krieg die Leidenschaften noch wogten und vorurteilslose Ansichten kaum anzutreffen waren. Gegen die Jahrhundertwende hin stellte dann das vielbändige Werk von James Ford Rhodes (*History of the United States from the Compromise of 1850*, 1893–1906) einen inzwischen klassisch gewordenen Deutungsversuch dar, worin der Krieg als unvermeidlicher Konflikt in der Folge der Industrialisierung betrachtet wurde. Rhodes gehörte damit zur sogenannten nationalistischen Schule – der auch etwa der spätere Präsident Woodrow Wilson oder Edward Channing zuzuzählen waren –, für welche die

Vier Monate nach der Schlacht von Gettysburg (1.–3. Juli 1863) wurde das Schlachtfeld zum nationalen Friedhof erklärt. Einige Würdenträger hielten dabei längere Reden, aber heute erinnert man sich nur noch der kurzen Ansprache Präsident Abraham Lincolns. Sie gilt als eines der denkwürdigsten Dokumente der amerikanischen Geschichte.

Lincolns Gettysburg-Ansprache (19. November 1863)

Vor 87 Jahren gründeten unsere Väter auf diesem Kontinent eine neue Nation, in Freiheit gezeugt und dem Leitgedanken verpflichtet, dass alle Menschen gleich geschaffen sind.

Nun stehen wir in einem großen Bürgerkrieg, um herauszufinden, ob dieser Staat, oder irgendein anderer auf gleiche Weise gebildeter oder verpflichteter, dauerhaft bestehen kann. Wir sind auf einem großen Schlachtfeld dieses Krieges versammelt. Wir sind gekommen, um einen Teil dieses Feldes jenen als letzte Ruhestätte zu weihen, die hier ihr Leben hingaben, damit diese Nation leben möge. Dass wir dies tun, ist nicht mehr als recht und billig.

Aber in einem weiteren Sinne können wir diesen Boden nicht weihen – können wir ihn nicht segnen – können wir ihn nicht heiligen. Denn es waren jene tapferen Männer, Lebende wie Tote, die hier kämpften, welche ihn weihten, weit mehr, als dass unsere schwache Kraft etwas hinzufügen oder davon wegnehmen könnte. Die Welt wird wenig beachten, was wir hier sagen, und sich nicht lange daran erinnern, aber sie kann nie vergessen, was jene hier taten. Es ist vielmehr an uns, den Lebenden, uns in den Dienst des unvollendeten Werks zu stellen, das diejenigen, die hier kämpften, bis jetzt so aufopfernd vorangebracht haben. Es ist vielmehr an uns, uns in den Dienst der noch verbleibenden großen Aufgabe zu stellen – damit uns diese verehrten Toten mit vermehrter Hingabe erfüllen für die Sache, der sie selbst das höchste Maß an Hingabe erwiesen haben – damit wir hier feierlich geloben, dass diese Toten nicht vergebens gefallen sein werden – damit diese Nation, unter Gott, zu neuer Freiheit geboren werde – und damit die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk nicht von der Erde verschwinde.

Einheit der Nation notwendig auch die Einheit der Gesellschaftsordnung voraussetzte. Für die Progressivisten ihrerseits, für die Charles und Mary Beard wohl am repräsentativsten

wurden (C.A. und M.R. Beard, *The Rise of American Civilization*, 1927), war der Krieg eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Kapitalisten, Arbeitern und Farmern des Nordens und Westens und der bis dahin dominierenden südlichen Pflanzeraristokratie. Fanden diese Schreiber das Ergebnis bedauerlich, so wussten marxistische Historiker wie etwa James S. Allen (*Reconstruction*, 1937) das Resultat positiv als notwendigen Schritt auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft hin zu deuten. Eine andere Schule der 1930er Jahre, die sogenannten Revisionisten, fanden den Krieg überhaupt vermeidbar und stipulierten, dass eine allgemeine Hysterie das Land in die Katastrophe getrieben habe (Avery Craven, *The Coming of the Civil War*, 1942). Dieser Theorie wiederum wurde etwa durch Arthur M. Schlesinger, Jr. widersprochen (»*The Causes of the Civil War: A Note on Historical Sentimentalism*«, *Partisan Review*, XVI, Okt. 1949), der keine Alternative zum Bürgerkrieg sehen konnte.

Neue Gesichtspunkte kamen in den 1960er Jahren durch das Auftreten der *New Political History* in die Debatte. Einer der prominentesten Vertreter dieser nun vielfach auch zur quantifizierenden Methode greifenden Schule wurde Michael F. Holt, der die Ursache des Krieges weniger im Sklavereikonflikt selbst sah, als vielmehr in der sich im Parteienstreit niederschlagenden Frustration weiter Bevölkerungskreise, verursacht durch massive Einwanderung, technischen Fortschritt und den Zusammenbruch des zweiten Parteiensystems (*The Political Crisis of the 1850s*, 1978). Während Holt hierbei vor allem auf ethnokulturelle Antagonismen abhob, sah Eric Foner die neue Parteienbildung bewirkt durch die Auseinandersetzung über die Frage der Ausweitung der Sklaverei nach Westen (*Free Soil, Free Labor, Free Men*, 1970). Dass die Sklavereifrage die Hauptursache des Krieges war und dass dieser, im Gegensatz zur Meinung der Revisionisten, unvermeidlich wurde, versicherten daraufhin in breit angelegten Werken James M. McPherson (*Ordeal by Fire*, 1982; *Battle Cry of Freedom*, 1988) und Richard H. Sewell (*A House Divided*, 1988). Eine fruchtbare Ausweitung des Blicks erfuhr die Problemstellung erstens

durch die Frage, warum es in den Vereinigten Staaten über die Sklavenbefreiung zum Krieg kam, während sie doch anderwärts zumeist friedlich verlief (William W. Freehling, *The Reintegration of American History*, 1994), und zweitens durch die neuere Betonung des Beitrags der Schwarzen im Krieg (Joseph T. Glatthaar, *Forged in Battle*, 1990). So werden auch in Zukunft die Fragen, ob der Norden wirklich vor allem moralisch motiviert war, welche Rolle soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte spielten, ob die Führer des Landes die beste Richtung einschlugen oder ob die Resultate des Krieges die Opfer rechtfertigten, weiterhin Gegenstand engagierter und enragierter Diskussion sein.

Versuche der Wiederherstellung

Es war tief zu bedauern, dass Lincoln, der vornehme Gesinnung und politisches Gespür in unvergleichlicher Weise in sich vereint hatte, die Aufgabe der Wiederversöhnung nicht mehr hatte richtig angehen können. Andererseits weiß niemand, ob er den Einfluss besessen hätte, den Gang der Dinge grundsätzlich zu ändern, aber die Absicht hierzu hatte er noch mitten im Kampf in überzeugender Weise geäußert, als er gegen Kriegsende alle künftig loyalen Rebellen seiner Gnade versichert hatte. Er war dabei freilich nicht ohne Opposition aus dem eigenen Lager geblieben. Im Grund ging es hier um die konstitutionelle Frage, ob das Amt des Präsidenten mit der Befugnis ausgestattet war, Beschlüsse etwa über die Art der *reconstruction*, der Wiederherstellung des abtrünnigen Südens, zu treffen. Im Hintergrund spielten außerdem soziale und wirtschaftliche Faktoren eine wichtige Rolle. Andrew Johnson, Lincolns Nachfolger, vertrat den gleichen präsidentiellen Machtanspruch wie sein Vorgänger, jedoch mit weniger Instinkt für das politisch Machbare. Der neue Präsident wollte selbst die Entscheidung treffen können, gegenüber den Südstaaten Nachsicht walten zu lassen. Der von den Republikanischen Radikalen beherrschte Kongress wünschte dagegen, das